



Unterzeichnung des Rückzugvertrags aus der „Vertrauenszone“ (April 2007)

(audiences foraines). Seit Ende September 2007 ist eine Operation der gerichtlichen Anhörungen in diesem Sinne eingeleitet worden, die schrittweise auf das ganze Land ausgeweitet wurden, unter Einschluss der Dörfer und Siedlungen außerhalb der Städte, in denen die Gerichte ihren Sitz haben. Mit einem positiven Entscheid können die so nachträglich identifizierten Personen einen Geburtseintrag erreichen und später auch einen Ausweis erhalten. Ein ivorischer Personalausweis wird allerdings, wie in der Vergangenheit auch, nur an Staatsangehörige der Côte d'Ivoire ausgestellt. Im Lande geborene Ausländer müssen sich wegen der Ausstellung von Ausweisen oder Pässen an die Behörden ihres Heimatlandes wenden.

Die Erstellung eines aktuellen Wählerverzeichnisses beruht im Wesentlichen auf drei Elementen. Erwachsene, deren Namen bereits im Wählerverzeichnis des Jahres 2000 aufgelistet waren, können sich problemlos erneut registrieren lassen. Die Jungwähler, die erst nach den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2000 das Volljährigkeits- und Wahlalter erreicht haben, müssen sich neu registrieren, wozu es einer ordentlichen Geburtsurkunde be-

darf. Die erwachsenen Ivorer, deren Name aus anderen Gründen im Wählerverzeichnis 2000 nicht aufgeführt ist, können sich nunmehr neu registrieren lassen, und zwar entweder auf



Im Beisein von Thabo Mbeki und Blaise Compaoré überreicht Premierminister Guillaume Soro (li.) Präsident Laurent Gbagbo (re.) die „Friedensflamme“ (Juli 2007)

der Grundlage einer ordentlichen Geburtsurkunde oder (so ein wichtiger Kompromiss in der Vereinbarung von Ouagadougou) mit der Vorlage eines Gerichtsentscheides, der im Rahmen der erwähnten gerichtlichen Anhörungen erwirkt wurde (jugement supplétif). Alle Personen, die im neuen Wählerverzeichnis 2008 registriert worden sind, können später auf dieser Grundlage einen neuen Personalausweis erhalten.

Die Identifizierung der Bevölkerung und Vorbereitung des neuen Wählerverzeichnisses hängen auch politisch miteinander zusammen und sind von emi-

nenter Bedeutung für den Friedensprozess. Sie wurden daher in der Vereinbarung von Ouagadougou in der beschriebenen Weise miteinander verzahnt. Die Ausstattung mit Personalausweisen wird sich über einen längeren Zeitraum hinziehen, also nicht bis zu den Wahlen abgeschlossen werden können. Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig, dass der sich klar abzeichnende politische Konsens auch für die Zeit nach den Wahlen trägt, und dass der Prozess der Identifizierung der Bevölkerung und ihrer Ausstattung mit Personalpapieren danach fortgesetzt wird.

**Angekündigt sind offene und transparente Wahlen für den Monat Juni 2008. Worin bestehen die nächsten wichtigsten Arbeitsschritte, um dieses Vorhaben realisieren zu können?**

Die angelaufenen gerichtlichen Anhörungen müssen abredgemäß fortgeführt und abgeschlossen werden. Die dabei ergangenen positiven Gerichtsentscheide müssen, wie in der Vereinbarung von Ouagadougou vorgesehen, als Grundlage für die Eintragung ins Wählerverzeichnis akzeptiert werden. Die Aufstellung des neuen Wählerverzeichnisses 2008 muss zügig und in Transparenz für die Öffentlichkeit erfolgen. Darüber hinaus wird es darauf

ankommen, dass die Unabhängige Wahlkommission die gesetzlich vorgesehene Organisationsstruktur landesweit aufbaut und überall ihre Arbeitsfähigkeit herstellt. Um alle Schritte aufeinander abzustimmen, wird es auch bald der konkreten Festlegung eines Wahltermins bedürfen.

**Was sind die sensibelsten Punkte, um die gegenwärtige Krise zu überwinden, eine kontinuierliche Verbesserung des politischen Klimas und die Unterstützung der Bevölkerung zu erreichen?**

Ausgangspunkt für eine effektive Überwindung der seit Jahren andauernden Krise ist die Durchführung freier und fairer Präsidentschaftswahlen in den kommenden Monaten. Zu der erforderlichen innenpolitischen Akzeptanz des Wahlergebnisses wird auch die vorgesehene Zertifizierung durch die VN-Mission ONUCI gehören. Das Wahlverfahren muss auch die Teile der Bevölkerung überzeugen, die mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind. Parallel dazu ist eine Regelung der militärischen Fragen dringlich. Die fragile Sicherheitslage im Lande kann nur überwunden werden, wenn die Milizen entwaffnet und aufgelöst und die bewaffneten Kräfte der Forces Nouvelles ebenfalls entwaffnet